

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

Ergebnisprotokoll

Vorsitz:

Staatsminister Frank Kupfer
Sächsisches Staatsministerium
für Umwelt und Landwirtschaft
Archivstraße 1
01097 Dresden

Freistaat Sachsen

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

Tagesordnung

Tagesordnung / Niederschrift

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

WTO-Verhandlungen

TOP 2 Stand der WTO-Verhandlungen

Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik

TOP 3 Besteuerung von Agrardiesel

TOP 4 Mehrwertsteueranerkennung im ELER

Weiterentwicklung und Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

TOP 5 Legislativvorschläge zum Health Check

TOP 6 Konsequenzen steigender Betriebsmittelpreise für die Weiterentwicklung der GAP

TOP 7 Risiko- und Krisenmanagement in der deutschen Landwirtschaft

TOP 8 Risikomanagement zur Auswahl von Kontrollbetrieben im Rahmen der Agrarförderung über die Zentrale InVeKoS-Datenbank (ZID)

TOP 9 Ausgleichszulage - Gebietsabgrenzung 2010

TOP 10 Milchmarktpolitik
und 11

Nationale Rahmenbedingungen der Agrarwirtschaft

TOP 12 Modernisierung des Landwirtschaftsgesetzes

TOP 13 Vorverlegung des Bilanzierungszeitpunktes der EU-Direktzahlungen
- zurückgezogen -

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

- TOP 14 Aktueller Stand der Beratungen zur Novellierung des Erbschaftssteuerrechts
- TOP 15 Länderermächtigung für die weitere Aussetzung der 7-Jahresfrist für die Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude im Außenbereich gemäß § 35 BauGB
- TOP 16 Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa
- TOP 17 Bekämpfung des Westlichen Maiswurzelbohrers (*Diabrotica virgifera*)

Umweltaspekte in der Agrarwirtschaft

- TOP 18 Umweltgesetzbuch - Regelungen für die Landwirtschaft
- TOP 19 EU-Bodenschutzrichtlinie
- TOP 20 Änderung der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung - Erosionsschutz im Rahmen von Cross Compliance
- TOP 21 Geruchsmissionen - Bewertung mit GIRL
- TOP 22 Notwendigkeit der abfallrechtlichen Genehmigung für die landwirtschaftliche Nutzung von Gärsubstraten aus Biogasanlagen nach der neuen Abfallrahmenrichtlinie

Klimaschutz und Klimawandel

- TOP 23 Perspektiven der Land- und Forstwirtschaft im Zusammenhang mit dem Klimawandel
- TOP 24 Potenzieller Beitrag der deutschen Landwirtschaft zu einem aktiven Klimaschutz

Agrarministerkonferenz am 26. September 2008 in Meißen

Wald und Jagd

- TOP 25 Langfristige Finanzierung des forstlichen Umweltmonitorings
- TOP 26 Dauerhafte Erhöhung der Gesamtgewichte von Rundholztransportfahrzeugen auf 44 t
- TOP 27 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft (Bericht über den aktuellen Sachstand zur Europäischen Charta für Wald und Holz durch Bund und Länder)

Nachwachsende Rohstoffe

- TOP 28 Situation auf den Märkten für Biokraftstoffe -
und 29 Besteuerung und Zertifizierung von Biokraftstoffen

Verbraucherschutz und Veterinärwesen

- TOP 30 Wirtschaftliche Auswirkungen nicht zugelassener GVO auf Futtermiteleinfuhr und Veredelungswirtschaft
- TOP 31 Impfungen gegen Klassische Schweinepest - "Freitesten" im Tierseuchenfall
- TOP 32 Alternativen zur chirurgischen Ferkelkastration ohne Schmerzausschaltung
- TOP 33 Richtlinie zum Schutz von Masthühnern, Umsetzung

Eckpunkte für eine zukunftsfähige Agrar- und Verbraucherpolitik

- TOP 34 Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungsforschung

Bericht über Umlaufbeschlüsse

- TOP 35 Verzicht auf Teilnahme eines Vertreters der LAV an den Sitzungen der
und 36 Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

Verschiedenes

TOP 37 Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

TOP 38 Zukunftskonferenz Ernährungswirtschaft

TOP 39 Elektroreizgeräte in der Hundebildung

Verfristet angemeldete Tagesordnungspunkte

TOP 40 Maßnahmen zur Bekämpfung der Koi-Herpes-Viruserkrankung

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 2: Stand der WTO-Verhandlungen

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zum Stand der WTO-Verhandlungen und insbesondere die Einschätzung der aktuellen Lage nach dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz zur Kenntnis.
2. Sie bedauern den Abbruch der Verhandlungen und sehen insbesondere die Gefahr, dass
 - nun vermehrt bilateral Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abgeschlossen werden mit der Folge geringerer Transparenz und höherer Kosten für die Wirtschaft,
 - die Zahl der angestregten Streitschlichtungsverfahren deutlich ansteigt,
 - die im Zuge der Agrarreform bereits erbrachten Vorleistungen in Vergessenheit geraten und somit nachhaltig an Wert verlieren.

Sie weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass eine Einigung auf Basis des von der Europäischen Kommission vorgelegten Angebots zu einem drastischen Anstieg des Wettbewerbsdrucks für die europäische und deutsche Landwirtschaft geführt hätte.

3. Sie bitten daher den Bund, bei der Europäischen Union für eine Wiederaufnahme der WTO-Gespräche einzutreten, um so zeitnah ein konsolidiertes, multilaterales und faires WTO-Handelsabkommen zu erreichen.
4. Der Bund wird dabei gebeten, seine bisherige Verhandlungslinie beizubehalten und sich bei der Europäischen Kommission mit Nachdruck für ein ausgewogenes Gesamtergebnis der Doha-Runde einzusetzen. Die für die WTO-Verhandlungen geltende Verhandlungslinie im Agrarbereich muss auch Richtschnur für eventuelle bilaterale Handelsabkommen sein.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 3: Besteuerung von Agrardiesel

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder stellen fest, dass unverändert eine große Diskrepanz zwischen den Energiesteuern auf Agrardiesel innerhalb der EU besteht. Die Bemühungen der Bundesregierung, die Harmonisierung der Agrardieselbesteuerung in der EU voranzutreiben, haben nicht den gewünschten Erfolg gezeigt. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bekräftigen daher den Beschluss der Amtschefkonferenz in Berlin vom 17. Januar 2008 in der Sache.

Protokollerklärung des Landes Berlin:

Das Land Berlin unterstützt grundsätzlich Maßnahmen zum Subventionsabbau und zur Haushaltskonsolidierung.

Der Beschlussvorschlag ist auf eine Wiedereinführung der Mineralölsteuerbegünstigung für in der Land- und Forstwirtschaft verwendete Dieselmotorkraftstoffe gerichtet und würde zu Steuerausfällen führen, denen keine Gegenfinanzierung gegenübersteht.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 4: Mehrwertsteueranerkennung im ELER

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, sich im Rahmen der weiteren Verhandlungen des „Health Check“ auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass analog zu den Europäischen Strukturfonds auch beim ELER die staatliche Mehrwertsteuer für öffentliche Zuwendungsempfänger als förderfähiger Kostenbestandteil einer Investition anerkannt wird.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 5: Legislativvorschläge zum Health Check

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV über den aktuellen Sachstand zu den Legislativvorschlägen zum Health Check zur Kenntnis.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 6: Konsequenzen steigender Betriebsmittelpreise für die
Weiterentwicklung der GAP**

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder weisen auf die erheblich steigenden Betriebsmittelpreise, insbesondere bei Energie, Dünge- und Futtermitteln, in der Landwirtschaft hin.

Sie bitten die Bundesregierung, diese Entwicklung bei den Beratungen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik und als zusätzliches Argument gegen die von der Kommission vorgeschlagene Kürzung der Direktzahlungen ins Feld zu führen.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 7: Risiko- und Krisenmanagement in der deutschen
Landwirtschaft**

Beschluss:

1. Die Agrarministerkonferenz nimmt den Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Risiko- und Krisenmanagement in der deutschen Landwirtschaft zur Kenntnis.
2. Sie spricht sich unter den gegebenen agrarpolitischen Rahmenbedingungen gegen eine staatlich finanzierte Mehrgefahrenversicherung aus.
3. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder weisen darauf hin, dass für die Bewältigung von Naturkatastrophen und ihnen gleichzusetzenden widrigen Witterungsverhältnissen von den bewährten Instrumenten staatlicher Ad-hoc-Hilfen auch weiterhin Gebrauch gemacht werden kann. Im Übrigen sollten existierende privatwirtschaftliche Instrumente zur Verringerung von Produktionsrisiken genutzt und bei Bedarf weiterentwickelt werden.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 10 und 11: Milchmarktpolitik

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundes zum Stand der Umsetzung der nationalen Rechtsetzungsvorhaben im Milchbereich zur Kenntnis.
2. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder unterstreichen das gemeinsame Ziel, die deutsche Milchwirtschaft in allen Regionen wettbewerbsfähig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Voraussetzung hierfür ist eine verlässliche Agrarpolitik.
3. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bekräftigen ihre bisherigen Beschlüsse zur Neuausrichtung der Milchpolitik und Gestaltung des Milchquotenausstiegs 2014/2015.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 12: Modernisierung des Landwirtschaftsgesetzes

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV „Modernisierung des Landwirtschaftsgesetzes – Fortgang der Arbeiten“ zur Kenntnis.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 13: Vorverlegung des Bilanzierungszeitpunktes der EU-
Direktzahlungen**

ZURÜCKGEZOGEN

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 14: Aktueller Stand der Beratungen zur Novellierung des
Erbschaftssteuerrechts**

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder verweisen auf die in den Beschlüssen der Agrarministerkonferenzen vom 20. April (TOP 12) und vom 28. September 2007 (TOP 11) sowie im Bundesratsbeschluss vom 15. Februar 2008 (BR-Drs. 4/08) festgestellten, aus Sicht der Landwirtschaft notwendigen Änderungen zum Entwurf des Erbschaftssteuergesetzes.
2. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV über den Beratungsstand und zu den Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland zur Kenntnis.
3. Sie sind nach wie vor der Auffassung, dass zu den wichtigsten Anliegen der Landwirtschaft unverändert die umfassende Einbeziehung verpachteter land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und Flächen in die vorgesehene Verschonungsvergünstigung, die Angleichung der für die Verschonung erforderlichen Fortführungsdauer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe an den gewerblichen Bereich sowie die Vermeidung eines „Fallbeileffektes“ bei zeitweiser Nichteinhaltung von Voraussetzungen für die Verschonungsregelung zählen und diese Anliegen im laufenden Gesetzgebungsverfahren Berücksichtigung finden müssen.

Protokollerklärung des Landes Berlin:

Das Land Berlin hat bereits mit Protokollerklärung zum TOP 12 der Agrarministerkonferenz vom 20.04.2007 deutlich gemacht, dass es – entgegen den Beschlüssen der Agrarministerkonferenz vom 20.04.2007 sowie vom 28.09.2007 und dem Bundesratsbeschluss vom 05.02.2008 – nicht die Auffassung vertritt, weitere entsprechende Änderungen am Entwurf des Erbschaftssteuergesetzes vorzunehmen.

Die im bisherigen Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens geäußerten land- und forstwirtschaftlichen Forderungen befinden sich nach Auffassung des Landes Berlin nicht in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

Namentlich ist dies der Ansatz eines Ertragswerts anstelle des realen oder tatsächlichen Werts (Sachwert- oder Vergleichswert).¹

Der Verkaufswert ist der Maßstab für eine verfassungsfeste Bewertung. Die Neuregelung der Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen Vermögen auf der Basis der Pachtwerte, ohne Mindestansatz des Liquidationswertes oder eine sehr langfristige Nachversteuerung bei Veräußerung, kann erneut in die Verfassungswidrigkeit der Erbschaftssteuer führen.

Für den Senat von Berlin hat die verfassungskonforme Neuregelung und damit der Erhalt der Erbschaftssteuer als Einnahmequelle oberste Priorität. Darüber hinaus muss die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich sicherstellen, dass alle Erben und Beschenkten in angemessener, gleichheitsgemäßer Weise zu dieser Steuer herangezogen werden und nicht durch unzureichende Erfassung land- und forstwirtschaftlicher Vermögen eine Umverteilung des Erbschaftssteueraufkommens erfolgt.

Das Land Berlin wird sich bei der Reform der Erbschaftssteuer dafür einsetzen, dass der Ansatz des gemeinen Werts nicht zur erbschaftssteuerlichen Belastung eines durchschnittlichen landwirtschaftlichen Familienbetriebs führt.

¹ Vgl. BVerfGE vom 07.11.2006 – 1 BvL 10/02 – RdNr. 104

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 15: Länderermächtigung für die weitere Aussetzung der
7-Jahresfrist für die Umnutzung landwirtschaftlicher
Gebäude im Außenbereich gemäß § 35 BauGB**

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Sie bekräftigen ihren Beschluss vom 11. April 2008 in Nimbschen und begrüßen die inzwischen eingeleiteten Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene. Angesichts der bereits zum 31.12.2008 auslaufenden Regelung bitten sie um rechtzeitige Vorlage des Änderungsgesetzes, damit eine Verlängerung möglichst zeitnah zum 1.1.2009 in Kraft treten kann.
3. Sie bitten das Vorsitzland, diesen Beschluss zusammen mit dem Beschluss zu TOP 14 der Agrarministerkonferenz vom 11. April 2008 in Nimbschen der Bauministerkonferenz zuzuleiten.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 16: Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Sie verweisen auf den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 11. April 2008 und betonen, dass es angesichts der Inanspruchnahme der Übergangsregelungen für die Öffnung des Arbeitsmarktes zum 1. Mai 2011 notwendig ist, die Beschäftigungsdauer von Saisonarbeitnehmern (§ 18 BeschV) deutlich über 4 Monate hinaus zu verlängern, und bitten die Bundesregierung, dafür die notwendigen Regelungen zu treffen.

Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen:

Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bitten den Bund mit Nachdruck, eine Verlängerung auf 9 Monate anzustreben.

Protokollerklärung des Landes Rheinland-Pfalz:

Bei der Festlegung der Aufenthaltsdauer ist darauf zu achten, dass für die Beschäftigten kein Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung entsteht.

Protokollerklärung des Landes Berlin:

Das Land Berlin erklärt, dass eine Verlängerung der Übergangsfristen über den 30. April 2009 hinaus für den deutschen Arbeitsmarkt keine Vorteile bietet. Die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit ist das letzte noch fehlende Element zur Herstellung der Europäischen Grundfreiheiten. Um aber Lohndumping zu verhindern und eine wirtschaftlich faire wie sozial gerechte Wettbewerbssituation zu schaffen, ist die flächendeckende Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unverzichtbar.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 17: Bekämpfung des Westlichen Maiswurzelbohrers
(Diabrotica virgifera)**

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Sie bitten das BMELV, bei der vorgesehenen Änderung der Eilverordnung des BMELV der Befallssituation in Deutschland im Jahr 2008 Rechnung zu tragen und angepasst an die regionale Befallssituation den Bundesländern eine flexible Reaktion zu ermöglichen.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 18: **Umweltgesetzbuch – Regelungen für die Landwirtschaft**

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.

Sie bekräftigen den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 11. April 2008 in Nimbschen und bitten das BMELV, insbesondere für die Umsetzung der in Ziffer 3 des Beschlusses genannten Punkte Sorge zu tragen.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 19: EU-Bodenschutzrichtlinie

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundes zur Kenntnis.
2. Sie unterstützen die Bundesregierung in ihrer ablehnenden Haltung gegen die Schaffung einer EU-weiten Rahmenrichtlinie für den Bodenschutz.
3. Die Agrarministerkonferenz hält eine EU-Bodenschutzrichtlinie unverändert für eine Überregulierung, die dem Subsidiaritätsprinzip sowie dem Ziel einer besseren Rechtsetzung auf EU-Ebene zuwiderläuft. Die in Deutschland bereits funktionierenden Regelungen zum Bodenschutz machen deutlich, dass es einer harmonisierenden EU-weiten Regelung nicht bedarf und diese wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips auch nicht gerechtfertigt erscheint.

Protokollerklärung des Landes Berlin:

Berlin hält eine europäische Rahmenrichtlinie zum Schutz des Bodens weiterhin für notwendig. Nur so können Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Rahmen vermieden und die unstrittige Gefährdung der Bodenfunktionen europaweit eingedämmt werden. Die juristischen Dienste sowohl des Europäischen Parlaments als auch des Rates haben die Übereinstimmung des Kommissionsvorschlages mit dem EG-Vertrag und prinzipiell mit dem Subsidiaritätsprinzip festgestellt.

Protokollerklärung des Landes Schleswig-Holstein:

Schleswig-Holstein sieht keinen Vorteil, den eine Bodenschutzrichtlinie für Deutschland haben könnte, erkennt aber den Bedarf für einen ehrgeizigen Bodenschutz für andere Teile der EU an. Schleswig-Holstein wird sich im etwaigen Rechtsetzungsverfahren für die Übernahme der deutschen Standards und entsprechender Verfahren einsetzen.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 20: Änderung der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung
– Erosionsschutz im Rahmen von Cross Compliance**

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.

Da die Europäische Kommission die bisherige Erosionsschutz-Regelung in Deutschland definitiv als unzureichend ablehnt, bitten sie das BMELV,

1. den Entwurf zur Änderung der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung zügig in das förmliche Rechtssetzungsverfahren einzubringen, um die durch das Direktzahlungen-Verpflichtungengesetz vorgegebene Einteilung landwirtschaftlicher Flächen nach dem Grad der Erosionsgefährdung zu erreichen,
2. vorzusehen, dass nur die durch Erosion gefährdeten Flächen auszuweisen sind,
3. als Umsetzungsfrist für die Länder den 30.06.2010 vorzusehen,
4. den Entwurf der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung so auszugestalten, dass freiwillige Maßnahmen zur Vermeidung von Erosion im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen nicht gefährdet werden,
5. eine Anpassung des Direktzahlungen-Verpflichtungengesetzes bezüglich des Einführungstermins auf den Weg zu bringen.

Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg und Bayern:

Baden-Württemberg und Bayern bitten das BMELV, die Maßnahme zur Erosionsvermeidung bei Wasser an den im Verordnungsentwurf zu CC_{Wasser1} vorgesehenen Maßnahmen auszurichten.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 21: Geruchsmissionen – Bewertung mit GIRL

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz nimmt den Bericht der Umweltministerkonferenz zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsmissionen – Geruchsmissions-Richtlinie (GIRL) zur Kenntnis.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 22: Notwendigkeit der abfallrechtlichen Genehmigung für
die landwirtschaftliche Nutzung von Gärsubstraten aus
Biogasanlagen nach der neuen Abfallrahmenrichtlinie**

Beschluss:

1. Biogasanlagen leisten einen wertvollen und zunehmenden Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energien aus Biomasse und helfen damit auf effiziente Weise, den Energiebedarf für Wärme, Strom und Mobilität zu decken.
2. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, im Rahmen der Umsetzung der neuen Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht dafür zu sorgen, dass der Grundsatz der 1:1-Umsetzung konsequent eingehalten wird und keine unnötigen zusätzlichen Anforderungen für den Regelungsbereich der Richtlinie unterliegende Anlagen geschaffen werden und soweit erforderlich für landwirtschaftliche Biogasanlagen, die Gülle und nachwachsende Rohstoffe vergären, von der Ausnahmemöglichkeit nach Artikel 24 der neuen Abfallrahmenrichtlinie Gebrauch zu machen.

Agrarministerkonferenz am 26. September 2008 in Meißen

TOP 23: Perspektiven der Land- und Forstwirtschaft im Zusammenhang mit dem Klimawandel

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder

- nehmen den Bericht des BMELV für einen aktiven Klimaschutz der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft und zur Anpassung der Agrarwirtschaft an den Klimawandel zur Kenntnis,
- stellen fest, dass der Bericht die von der Agrarministerkonferenz vom 11.04.2008 in Nimbschen genannten Schwerpunkte zur Minderung von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel bestätigt und weiter konkretisiert,
- bitten das BMELV, die wesentlichen Inhalte und Erkenntnisse des Berichts in die von der Bundesregierung geplante Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) einfließen zu lassen.

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts des Bundes und der Länder

- weisen auf der Grundlage der Zusammenstellungen des Bundes und der Länder darauf hin, dass mit den Maßnahmen und Projekten wichtige Schritte zur Erreichung des 2-Grad-Ziels sowie zur Anpassung an den Klimawandel begonnen wurden,
- betonen, dass weitere Schritte zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den zu erwartenden Klimawandel erforderlich sind, unter anderem auch eine verstärkte Ausrichtung der Forschung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft auf die Klimaforschung,
- sehen hierfür die folgenden Schwerpunkte:
 - Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Kohlenstoffspeichern,
 - Optimierung des Stickstoffmanagements,
 - Vergärung von Wirtschaftsdüngern in Biogasanlagen und energetische Nutzung landwirtschaftlicher Reststoffe,
 - Energieeinsparung und Emissionsminderung, insbesondere in der Veredelungswirtschaft, im Gartenbau (Gewächshäuser), in der Lebensmittelverarbeitung und im Lebensmittelhandel,
 - Erarbeitung von Beispielen zur Reduktion der Emissionen pro Produkteinheit,

Agrarministerkonferenz am 26. September 2008 in Meißen

- Anpassung des Wassermanagements,
- Stärkung der Klimatoleranz, standörtliche Veränderungen im Wald,
- Waldumbau zu stabilen Mischwäldern und forstbetriebliche Managementstrategien im Klimawandel,
- Forstliche Risikoforschung,
- Genetische Analysen zur Anpassungsfähigkeit der Waldbäume im Klimawandel / gezielte Herkunftsforschung,
- Information über eine klimaschonende, gesundheitsfördernde Ernährung und nachhaltigen Konsum.

Dazu wird das BMELV, um den Wissenstransfer von Forschungsergebnissen in die Praxis zu unterstützen, gebeten, flankierend

- eine Internetplattform zu entwickeln und zu betreiben, die als „Enzyklopädie“ für Informationen zum Thema Klimaschutz und Klimawandel im Bereich der Land- und Forstwirtschaft genutzt werden kann; dabei sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, ihre Projekte auf dieser Plattform zu veröffentlichen und zu aktualisieren,
- eine Fachtagung im ersten Halbjahr 2009 zu den Themen „Beiträge der Agrar- und Forstwirtschaft zu einem aktiven Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel“ durchzuführen.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 24: **Potenzieller Beitrag der deutschen Landwirtschaft zu
einem aktiven Klimaschutz**

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.

Agrarministerkonferenz am 26. September 2008 in Meißen

TOP 25: Langfristige Finanzierung des forstlichen Umweltmonitorings

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz nimmt die Bereitschaft der Europäischen Kommission zur Kenntnis, die Fortführung eines EU-weit harmonisierten forstlichen Umweltmonitorings unter LIFE+ während der kommenden zwei Jahre mit Kofinanzierungsmitteln in Höhe von rund 16 Mio. € zu unterstützen. Sie bedauert außerordentlich, dass es nicht möglich war, die ursprünglich beantragten 40 Mio. € für ein Projekt mit fünfjähriger Laufzeit zu bewilligen.

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, die Europäische Kommission vor diesem Hintergrund auf die negativen Auswirkungen der Nichtbewilligung des beantragten Kofinanzierungsvolumens und insbesondere auf die daraus u. U. resultierende grundsätzliche Gefährdung des auf Langfristigkeit angelegten, nur deshalb aussagekräftigen und EU-weit harmonisierten Monitoringverfahrens hinzuweisen.

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, für die rechtzeitige Einreichung eines Nachfolgeprojektes zu sorgen, mit dem die Fortsetzung eines aussagekräftigen und EU-weit harmonisierten Monitorings über das Jahr 2010 hinaus längerfristig sichergestellt wird.

Auf den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 28. September 2007 in Saarbrücken (TOP 31, Ziffer 4) zur nationalen Kofinanzierung durch das BMELV wird verwiesen.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 26: Dauerhafte Erhöhung der Gesamtgewichte von
Rundholztransportfahrzeugen auf 44 t**

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit eine dauerhafte Erhöhung der Gesamtgewichte von Rundholztransporten auf 44 t zu prüfen.

Protokollerklärung des Landes Berlin

Berlin hat als Waldbesitzer mit stark frequentiertem Erholungswald das Problem, dass es durch solche Fahrzeuge vermehrt zu erheblichen Wegeschäden kommen wird, da die Waldwege für diese Lasten nicht ausgebaut sind.

Für Berlin wirkt sich daher eine Erhöhung der Tonnage negativ aus, d.h. die zusätzlichen Kosten für Wegeinstandsetzung werden durch die Kostenvorteile beim Holzverkauf durch geringere Transportkostenbelastung nicht annähernd kompensiert.

Protokollerklärung der Länder Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen:

Die Länder Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen bitten die Bundesregierung, eine dauerhafte Erhöhung der Gesamtgewichte von Rundholztransporten auf 44 t anzustreben.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 27: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft
(Bericht über den aktuellen Sachstand zur
Europäischen Charta für Wald und Holz durch Bund
und Länder)**

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den aktuellen Sachstandsbericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Sie bitten den Bund, gemeinsam mit den Ländern den Entwurf einer Europäischen Charta für Wald und Holz bis zur Sitzung der Amtschefkonferenz im Januar 2009 vorzulegen.
3. Sie bekräftigen ihren Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 11. April 2008 in Nimbschen, wonach die Ausdehnung der Kompetenz der EU auf den Bereich Forst und Holz abgelehnt wird.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 28 und 29: Situation auf den Märkten für Biokraftstoffe -
 Besteuerung und Zertifizierung von Biokraftstoffen**

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder verweisen auf den Beschluss der AMK vom 11.04.2008 und bitten das BMELV, die im Bericht skizzierten möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Biokraftstoffhersteller so schnell wie möglich umzusetzen und darüber auf der Amtschefkonferenz im Januar 2009 zu berichten.
3. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der aktuellen Preis-Kosten-Verhältnisse am Biokraftstoffmarkt kurzfristig einen Bericht für das erste Halbjahr 2008 zur Über- bzw. Unterkompensation von Biokraftstoffen vorzulegen.
4. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, im Falle einer Unterkompensation mindestens die dritte Stufe der Besteuerung zum 1. Januar 2009 auszusetzen.
5. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder unterstützen den Bund darüber hinaus darin, im Sinne einer umfassenden und nachhaltigen Bioenergiestrategie und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen insbesondere für Biokraftstoffimporte aus Drittländern ein weltweit anzuwendendes, einfach zu handhabendes Zertifizierungssystem möglichst auf der Basis der in der EU für Lebensmittel- und Biomasseproduktion geltenden Umweltstandards zu entwickeln und voranzutreiben. Dabei gilt es auch, die Ziele Verbesserung der Versorgungssicherheit, Effizienz der Maßnahme hinsichtlich des Umfangs der Treibhausgasverringerung, Optimierung volkswirtschaftlicher Wirkungen und Entwicklung regionaler ländlicher Räume angemessen zu berücksichtigen.

Protokollerklärung des Landes Berlin:

Das Land Berlin unterstützt grundsätzlich Maßnahmen zum Subventionsabbau und zur Haushaltskonsolidierung.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

Der Beschlussvorschlag ist auf eine Aussetzung der Steuerstufen für Biokraftstoffe gerichtet und würde zu Steuerausfällen führen, denen keine Gegenfinanzierung gegenübersteht.

Protokollerklärung der Länder Bayern und Saarland:

Angesichts der angestrebten Reduzierung der Biokraftstoff-Gesamtquote und der unbefriedigenden Absatzentwicklung bei Biokraftstoffen sollte die geltende feste Steuerstaffel für reine Biokraftstoffe durch eine flexible, an den jeweiligen Marktbedingungen ausgerichtete Besteuerung ersetzt werden. Bis zur Umsetzung dieses Ziels ist auch die zweite Stufe der Besteuerung zurückzunehmen.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 30: Wirtschaftliche Auswirkungen nicht zugelassener GVO
auf Futtermiteleinfuhr und Veredelungswirtschaft**

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder begrüßen das Fünf-Punkte-Programm der Bundesregierung zur Sicherung der Versorgung von Eiweißfuttermitteln.

Bezüglich der technischen Definition des Probenahme- und Nachweisverfahrens nicht zugelassener GVO und der Einführung eines Verwaltungsverfahrens in der EU-Zulassung bitten sie die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für eine zeitnahe Umsetzung einzusetzen.

Die Agrarministerkonferenz bekräftigt ihren Beschluss vom 11. April 2008 in Nimbschen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen nicht zugelassener GVO auf Futtermiteleinfuhr und Veredelungswirtschaft.

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder gehen in diesem Zusammenhang davon aus, dass die vorgestellten Maßnahmen nicht zu Lasten des vorsorgenden Verbraucherschutzes erfolgen.

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, zur Amtschefkonferenz im Januar 2009 erneut zum aktuellen Sachstand zu berichten.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 31: Impfungen gegen Klassische Schweinepest –
 „Freitesten“ im Tierseuchenfall**

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis. Sie bitten das BMELV, sich weiterhin bei der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, eine verbindliche Aussage darüber zu erhalten, dass bei einem künftigen Schweinepestfall das von Deutschland bei der Europäischen Kommission eingereichte Schweinepest-Impfkonzept in Verbindung mit dem Grundsatz des „Freitestens“ unter den dort dargestellten Voraussetzungen angewendet werden kann.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 32: Alternativen zur chirurgischen Ferkelkastration ohne
Schmerzausschaltung**

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, unter Berücksichtigung der Ergebnisse des EU-weiten Forschungsprojektes „PigCas“ und der Forschungsinitiativen auf Länderebene die Ressortforschung zur Evaluation alternativer Methoden zur chirurgischen Ferkelkastration ohne Schmerzausschaltung zu intensivieren und über die Ergebnisse zu berichten.
2. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, auf Grundlage des Beschlusses der Arbeitsgruppe Tierschutz der LAV vom 6./7. Mai 2008 darauf hinzuwirken, dass zur Verringerung der postoperativen Schmerzen bei der chirurgischen Kastration der Einsatz eines Schmerzmittels durch den Halter als Standardverfahren bei der Kastration eingeführt wird. Als wirksame Schmerzmittel kommen Medikamente in Frage, die nach arzneimittelrechtlichen Vorschriften vom bestandsbetreuenden Tierarzt unter seiner Aufsicht an den Tierhalter abgegeben werden können.
3. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, die chirurgische Kastration ohne Schmerzausschaltung unter Beachtung einer angemessenen Übergangsfrist zu verbieten, sobald eine praktikable, tierschutzkonforme und wirtschaftlich zumutbare Alternative zur Verfügung steht. Dabei müssen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU vermieden werden.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 33: Richtlinie zum Schutz von Masthühnern, Umsetzung

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 34: Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungsforschung

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, über die künftige Agrar- und Ernährungsforschung unter der besonderen Beachtung der Klimaforschung, der Rohstoffproduktion, der weiteren Nahrungsmittelsicherung sowie der Entwicklung der ländlichen Räume zur Frühjahrs-Agrarministerkonferenz 2009 unter Berücksichtigung der Ergebnisse

- a) der länderoffenen Arbeitsgruppe Entwicklung der Agrarwissenschaften in Deutschland der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (ehemals BLK),
- b) der Erfahrungen der mit 40 Mio. € unternommenen BMBF-Förderinitiative zu Kompetenznetzen in der Agrar- und Ernährungsforschung und
- c) der den Prozess begleitenden Begleitgruppe zu dieser Förderinitiative zu berichten.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 35 und 36: Verzicht auf Teilnahme eines Vertreters der LAV an den Sitzungen der Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit

Beschluss:

1. Die Agrarministerkonferenz nimmt den mündlichen Bericht des Vorsitzlandes Sachsen zum Umlaufverfahren Nr. 1/2008 gemäß Ziffer 7 der Geschäftsordnung der Agrarministerkonferenz zum „Verzicht auf Teilnahme eines Vertreters der LAV an den Sitzungen der Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit“ zur Kenntnis.
2. Die Agrarministerkonferenz beschließt die Abänderung der Ziffer 3 des Umlaufbeschlusses Nr. 1/2005 wie folgt:
„3. Das jeweilige Vorsitzland der Agrarministerkonferenz entsendet einen Vertreter/eine Vertreterin in die Task Force.“

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 37: Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Beschluss:

1. Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 09./10.06.2008 sowie das Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 13.08.2008 zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie zur Kenntnis.
2. Sie stellen fest, dass für die Koordinierung der Umsetzung in den Ländern die Wirtschaftsministerien der Länder zuständig sind und dass es daher keiner gesonderten Koordinierung seitens des BMELV bedarf.
3. Die Reichweite von Genehmigungen im Sinne der Richtlinie ist entsprechend der verfassungsmäßigen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern von der für die jeweilige Norm zuständigen Ebene zu regeln. Gegebenenfalls wird im Landesrecht festzulegen sein, Genehmigungen anderer Länder als gleichwertig anzuerkennen.
4. Bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie sind Inländerdiskriminierung und Rechtszersplitterung unbedingt zu vermeiden.
5. Das Vorsitzland wird gebeten, den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz zuzuleiten.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 38: Zukunftskonferenz Ernährungswirtschaft

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

TOP 39: Elektroreizgeräte in der Hundeausbildung

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den mündlichen Bericht des BMELV zur Kenntnis.

Sie bitten das BMELV, einen mit den Ländern abgestimmten Lösungsvorschlag zur Amtschefkonferenz im Januar 2009 zu unterbreiten.

**Agrarministerkonferenz
am 26. September 2008
in Meißen**

**TOP 40: Maßnahmen zur Bekämpfung der Koi-Herpes-
Viruserkrankung**

Beschluss:

Die Ministerin, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, die Entwicklung eines zur Bekämpfung des Koi-Herpes-Virus nutzbaren Impfstoffes prüfen zu lassen mit dem Ziel, diesen möglichst schnell verfügbar zu haben. Das BMELV wird dazu seine Ressortforschung beauftragen, ein Gesamtkonzept zu entwickeln und auf der Tierseuchen-Tagung der Amtschefs im Februar 2009 zu berichten.